

V-41

# ***#StandwithHK – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong unterstützen***



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller\*in:           Margarete Bause (KV München)

Tagesordnungspunkt:    V Verschiedenes

## Antragstext

1 China erlebt in Hongkong momentan die größten Massendemonstrationen seit der gewaltsamen  
2 Niederschlagung der Demokratiebewegung am Tian'anmen Platz im Jahre 1989. Die im Juni  
3 gestarteten Proteste mobilisieren Millionen. Zeitweise beteiligte sich mehr als ein Viertel  
4 der Bevölkerung daran. Auslöser war der Widerstand gegen das umstrittene  
5 Auslieferungsgesetz. Kritiker\*innen sehen in der Gesetzesvorlage einen massiven Angriff auf  
6 die gesetzlich verbrieftene Autonomie Hongkongs, auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und  
7 als Zeichen der wachsenden Einflussnahme Pekings in der Sonderverwaltungszone. Trotz der  
8 Erklärung der Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam im Juni, die Gesetzesentwürfe auf Eis  
9 zu legen und der im September folgenden Ankündigung diese formell zurückzuziehen, halten  
10 die  
11 Proteste an. Neben der formellen Rücknahme der beiden Gesetzesänderungsentwürfe stehen  
12 mittlerweile umfassende politische Reformen im Fokus der Demonstrationen. Diese beinhalten  
13 insbesondere die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts sowie die unabhängige Aufarbeitung  
14  
15 der Polizeigewalt.  
16 Die Hongkonger Polizei nutzt die Gewalttaten einer kleinen Anzahl von Demonstrierenden als  
17 Vorwand, um mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen mehrheitlich friedlich Demonstrierende  
18 vorzugehen. Auch militante prochinesische Schlägertrupps konnten gegen Unbeteiligte  
19 vorgehen  
20 ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. Mehrere tausend Menschen wurden im  
21 Rahmen  
22 der Proteste festgenommen, zahlreiche weitere wurden schwer verletzt und zum Teil dauerhaft  
23 geschädigt. Demonstrantinnen berichteten von sexueller Belästigung und systematischen  
24 sexuellen Übergriffen durch staatliche Sicherheitsakteure. Neun Menschen nahmen sich aus  
25 Verzweiflung über die Entwicklungen das Leben.  
26  
27 Trotz zunehmend massiver Repressionen und umfassender Versammlungsverbote durch die  
28 Hongkonger Behörden sowie militärischer Machtdemonstrationen vonseiten Pekings lässt sich  
29 die Demokratiebewegung in Hongkong nicht einschüchtern. Damit verteidigen sie die  
30 Grundwerte, die auch unsere Gesellschaft tragen: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit  
31 und die Achtung der Menschenrechte.  
32  
33 Zeitgleich versucht die chinesische Staatsführung auch die Meinungs- und  
34 Versammlungsfreiheit in Deutschland einzuschränken. Anfragen der grünen Bundestagsfraktion  
35 belegen die Einschüchterungsversuche und das ungenierte Wirken von Spitzeln der  
36 chinesischen  
37 Volksrepublik in Deutschland, das sich insbesondere gegen Unterstützer\*innen der Hongkonger  
38 Demokratiebewegung richtet.

39  
40 Mit Blick auf die friedliche Revolution in Deutschland kommt uns hier eine besondere  
41 Verantwortung zu, die Demokratiebewegung in Hongkong zu unterstützen. Denn auch als die  
42 Bürger\*innen der DDR vor dreißig Jahren gegen die SED-Diktatur auf die Straße gingen, schien

39 ihr Freiheitskampf chancenlos. Zu allmächtig war das autoritäre Regime, zu präsent die  
40 Bilder des Tian'anmen Massakers vom 04. Juni 1989. Dass sie ihre Stimme trotzdem für  
41 Freiheit und Demokratie erhoben, kann man ihnen nicht hoch genug anrechnen. Ihr  
42 Freiheitskampf veränderte nicht nur die Welt wie wir sie heute kennen - er zeigte auch, wie  
43 erfolgreich David gegen Goliath sein kann.

44

45 Daher solidarisiert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den friedlich demonstrierenden  
46 Hongkonger\*innen und fordert:

47 • die Bundesregierung dazu auf, sich mit den friedlichen Demonstranten und  
48 Demonstrantinnen in der Sonderverwaltungszone Hongkong in ihrem Einsatz für  
49 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte solidarisch zu erklären und die  
50 friedliche Demokratiebewegung in Hongkong im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden

51 Möglichkeiten zu unterstützen;

52 • die Bundesregierung dazu auf, die Behörden in Hongkong und der Volksrepublik China  
53 aufzufordern, den Schutz der Menschenrechte und die im Hongkonger Grundgesetz (Basic

54 Law) für alle Bürgerinnen und Bürger verankerten Freiheiten zu gewährleisten;

55 • alle Landesregierungen, die Bundesregierung sowie die EU-Kommission dazu auf, in  
56 Gesprächen und Verhandlungen mit der chinesischen Staatsregierung stets auf die  
57 Achtung des völkerrechtlich verbindlichen Hongkonger Grundgesetzes (Basic Law) und  
58 insbesondere des Grundsatzes „Ein Land - Zwei Systeme“ hinzuweisen;

59 • die Bundesregierung dazu auf, an die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong zu

60 appellieren ihre nationalen wie internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen  
61 einzuhalten, insbesondere die im Hongkonger Grundgesetz (Basic Law) garantierten  
62 Rede-

63 , Presse- und Publikationsfreiheit sowie Vereinigungs-, Versammlungs- und  
64 Demonstrationsfreiheit, als auch den Internationalen Pakt über bürgerliche und  
65 politische Rechte;

66 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone  
67 Hongkong darauf hinzuwirken, dass sichergestellt ist, dass Rechtsvorschriften und -  
68 auslegungen auch künftig mit ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen  
69 vollständig im Einklang stehen, darunter mit den Bestimmungen des Internationalen  
70 Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Übereinkommens der Vereinten  
71 Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende  
72 Behandlung  
73 oder Strafe;

74 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone  
75 Hongkong darauf hinzuwirken die angekündigte formelle Rücknahme des Gesetzes über  
76 flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen aus dem Jahr 2019 umgehend  
77 umzusetzen;

78 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone  
79 Hongkong dafür einzusetzen, dass das Recht aller Menschen sich friedlich zu versammeln  
80 geschützt und geachtet wird und Menschen nicht allein aufgrund ihrer Beteiligung an  
81 friedlichen Versammlungen strafrechtlichen Sanktionen unterworfen werden;

82 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone  
83 Hongkong für eine unabhängige, unparteiische, effektive und zeitnahe Aufarbeitung der  
84 Polizeigewalt und dem zögerlichen Eingreifen der Polizei bei den gewalttätigen  
85 Übergriffen auf Protestierende in der U-Bahnstation Yuen Long West Rail am 21. Juli

- 84 einzusetzen sowie dafür die Ergebnisse der Aufarbeitung öffentlich zugänglich zu  
85 machen;
- 86 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone  
87 Hongkong deutlich zu machen, dass das Vorgehen der Sicherheitskräfte verhältnismäßig  
88 und in Einklang mit den UN Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt und den  
89 Gebrauch von Schusswaffen durch Vollzugsbeamte („UN Basic Principles on the Use of  
90 Force and Firearms by Law Enforcement Officials“) sein muss;
  - 91 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone  
92 Hongkong für eine systematische Reform einzusetzen, um eine direkte Wahl für das Amt  
93 des/der Regierungschef/in und zum Legislativrat einzuführen und ein Wahlsystem zu  
94 etablieren, das demokratisch, fair, offen und transparent ist und den Menschen der  
95 Sonderverwaltungszone Hongkong bei dem Verfahren zur Auswahl aller  
96 Führungspositionen  
ein aktives und ein passives Wahlrecht einräumt;
  - 97 • die Bundesregierung dazu auf, in Gesprächen mit der Regierung der  
98 Sonderverwaltungszone Hongkong für die Einsetzung einer unabhängigen  
99 Menschenrechtsinstitution zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, im  
Einklang  
100 mit den Pariser Prinzipien, zu werben;
  - 101 • die Bundesregierung dazu auf, sich für ein friedliches Konfliktmanagement zwischen der  
102 Demokratiebewegung und der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong  
einzusetzen;
  - 103 • die Bundesregierung dazu auf, Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China in  
104 allen politischen Dialogen mit chinesischen Behörden und Regierungsvertreter\*innen  
105 anzusprechen und die Regierung der Volksrepublik China an ihre völkerrechtliche  
106 Verpflichtung zur Einhaltung der britisch-chinesischen gemeinsamen Erklärung zu  
107 erinnern;
  - 108 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Volksrepublik China mit  
109 Nachdruck deutlich zu machen, dass die Achtung universeller Menschenrechte und  
110 völkerrechtlich verbindlicher Abkommen keine nationale Angelegenheit ist;
  - 111 • die Bundesregierung dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, demokratische und  
112 rechtsstaatliche Institutionen in der Sonderverwaltungszone Hongkong zu fördern,  
113 beispielsweise durch das Format eines regelmäßigen Richteraustauschs;
  - 114 • die Bundesregierung dazu auf, geeignete Exportkontrollmechanismen und  
115 Ausfuhrkontrollen zu schaffen, um der Volksrepublik China und insbesondere der  
116 Sonderverwaltungszone Hongkong den Zugang zu Technologien zu verwehren, die bei der  
117 Verletzung grundlegender Rechte zum Einsatz kommen;
  - 118 • die europäische Kommission und das Europaparlament dazu auf, bei den bevorstehenden  
119 EU-China Konsultationen die Achtung der Menschenrechte zur Grundlage der  
120 Handelsbeziehungen zu machen;
  - 121 • die Bundesregierung dazu auf, auf nationaler Ebene geeignete Möglichkeiten zu  
122 schaffen, um Einzelpersonen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, nach  
123 dem Vorbild des Magnitzky-Acts sanktionieren zu können;
  - 124 • die Bundesregierung dazu auf, im Rat der europäischen Union auf die Umsetzung der  
125 EntschlieÙung des Europaparlaments zu einer europäischen Regelung für Sanktionen bei  
126 Verstößen gegen die Menschenrechte hinzuwirken, damit Einzelpersonen, die an

- 127 Menschenrechtsverletzung beteiligt sind, nach dem Vorbild des Magnitzky-Acts  
128 sanktioniert werden können;
- 129 • die Bundesregierung dazu auf, Versuche der Einflussnahme staatlicher chinesischer  
130 Stellen auf Demonstrationsfreiheit, Unversehrtheit der Demonstrierenden und freie  
131 Meinungsäußerung in Deutschland deutlich zu verurteilen, zu sanktionieren und  
132 geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um entsprechende Einflussnahmen zu unterbinden  
133 und  
die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland zu schützen und zu garantieren;
- 134 • alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen unterstehenden  
135 Sicherheitsbehörden bezüglich des Agierens chinesischer Agent\*innen in Deutschland zu  
136 sensibilisieren;
- 137 • alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen unterstehenden  
138 Sicherheitsbehörden anzuweisen, mit Nachdruck gegen durch ausländische  
139 Nachrichtendienste gesteuerte Versuche der Einschränkung von Versammlungs- und  
140 Meinungsfreiheit in Deutschland vorzugehen;
- 141 • die Bundesregierung dazu auf, gesetzgeberische Maßnahmen zu prüfen, um deutsche  
142 Unternehmen vor politischer Einflussnahme durch die Volksrepublik China zu schützen.

## weitere Antragsteller\*innen

Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Peter Heilrath (KV München); Michael Kellner (KV Berlin-Pankow); Jamila Schäfer (München KV); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Ssaman Mardi (KV Regensburg-Stadt); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Reinhard Bütikofer (KV Berlin-Mitte); Danyal Bayaz (Kurfalz-Hardt KV); Henrike Hahn (KV München); Heidi Schiller (KV München); Hermann Josef Brem (KV München); Dieter Janecek (KV München); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Maria Wißmiller (KV München); Tim Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Kristian Warnholz (Pinneberg KV); sowie 12 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.